

Mittwoch, 26. Februar 2025

"Zämme in Europa": Basler Regierung unterstützt Initiative

Nach den gescheiterten Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU im Mai 2021 war die Enttäuschung in der Region Basel gross. Die Sektion Basel der Europäischen Bewegung Schweiz, präsidiert von der Basler SP-Nationalrätin Sarah Wyss, lancierte deshalb im Herbst 2022 in Basel-Stadt und Baselland die Volksinitiative "Zämme in Europa". Das politisch breit abgestützte Initiativkomitee setzte ihre Forderungen symbolisch als Flaschenpost in den Rhein.



Bild v.l.: LDP-Nationalrätin Patricia von Falkenstein und SP-Nationalrätin Sarah Wyss
© Foto: ZVG

[Im Stadtkanton wurde die Initiative im Frühling](#) und im Baselbiet im Herbst 2024 eingereicht. Sie fordert, dass die Regierungen und Parlamente der beiden Kantone sich für stabile Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU einsetzen. Ein entsprechender neuer Absatz soll in die Kantonsverfassungen geschrieben werden.

Die Basler Regierung unterstützt die Bemühungen und beantragt dem Grossen Rat, die Initiative den Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf Annahme vorzulegen. Gute Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern seien für den Kanton Basel-Stadt "elementar", schreibt die Regierung am Mittwoch in einer Mitteilung.

Schweizerischer "Exportmotor"

Die trinationale Region sei ein gemeinsamer Lebens-, Wirtschafts-, Arbeits- und Forschungsraum. Für die Bevölkerung und Wirtschaft in der Dreiländerregion sei es daher entscheidend, die Beziehungen zur EU "auf eine solide und zukunftsfähige Grundlage" zu stellen und neue bilaterale Abkommen abzuschliessen, wie dies Bundesrat und Europäische Kommission vorbereiten.

Um die Bedeutung der bilateralen Abkommen zu betonen, weist die Regierung unter anderem darauf hin, dass Basel-Stadt mit 31 Prozent aller Ausfuhren "der schweizerische Exportmotor schlechthin" sei. Der Kanton exportiert mehr, als er importiert.

Baselland erklärt Initiative für rechtsgültig

Die Regierung unterstreicht auch die Relevanz offener Grenzen für die Region. Viele Engpässe am Arbeitsmarkt liessen sich ohne ausländische Unterstützung gar nicht bewältigen, heisst es im Communiqué. Über 34'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiten in Basel-Stadt. Deshalb sei das Abkommen über die Personenfreizügigkeit sehr wichtig – genauso wie die "Assoziierung an den Schengenraum".

Diese Haltung dürfte vor allem bei der SVP schlecht ankommen. Die Partei fordert seit Längerem die Wiedereinführung von systematischen Personenkontrollen, um "das Asylchaos zu stoppen". Personenkontrollen, so die Regierung, würden aber "den täglichen Verkehr in unserer Region komplett zum Erliegen bringen".

Die Baselbieter Regierung hat die Initiative prüfen lassen und vor wenigen Tagen für rechtsgültig erklärt.